

## **GdP-Konferenz bestätigt: Belastungsgrenze bei der Polizei überschritten**

**Bad Bramstedt** - Wütende Polizisten beklagen Überlastung: 80 Beamtinnen und Beamte aus allen Teilen des Landes, vorrangig aus dem Schichtdienst, kamen auf Einladung der Gewerkschaft der Polizei in Bad Bramstedt zusammen, um ihre berufliche Situation im Funkstreifen- und Einsatzdienst zu analysieren und Lösungen zu erarbeiten.

Grundlage für das vom Stellvertretenden GdP-Landesvorsitzenden Torsten Jäger organisierte Treffen bildeten die alarmierenden Ergebnisse einer umfassenden Befragung zur Belastungssituation in der Landespolizei. Nach Angaben Jägers beklagten 80 Prozent der befragten Ordnungshüter fehlendes Personal sowie 60 Prozent eine übermäßige Arbeitsverdichtung und mangelhafte Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

64 Prozent schleppten sich demnach sogar trotz gefühltem Krankseins zum Dienst. Zudem ist nach Erkenntnissen der GdP die Krankheitsquote in den vergangenen Jahren stetig gestiegen und läge derzeit bei mehr als sieben Prozent.

Arbeitswissenschaftlich unterstützt wurde die Konferenz durch die Diplomspsychologin Hiltraud Grzech-Sukalo, die sich kritisch mit den Arbeitszeitregeln für die Polizisten in Schleswig-Holstein auseinandersetzt. Sie belegt, dass ein gesunder und sozialverträglicher Schichtdienst mit einer 41-Stundenwoche nicht möglich ist.

Der Landesvorsitzende der GdP Manfred Börner stellte die Ergebnisse der Konferenz der Führung der Landespolizei vor.

In seiner Rede fordert Börner eine deutliche Reduzierung von Wochen- und Lebensarbeitszeit für Schichtdienstleistende. Personelle Lücken durch Teilzeitbeschäftigung sind entsprechend ausgleichen. Zudem sprach sich der GdP-Chef für die Schaffung von gesünderen Arbeitszeit- und Schichtmodellen aus.

Die GdP erwarte zudem eine deutlich verbesserte finanzielle Entschädigung für Schichtdienstbelastungen und eine insgesamt ausreichende Personalsituation in der Landespolizei, die eine Gewährleistung der Inneren Sicherheit auch künftig ermöglicht.

Börner zitierte den Verfassungsrechtler und ehemaligen Richter am Bundesverfassungsgericht Professor Dr. Dr. Udo Di Fabio, der davor

warnte, dass eine überlastete Polizei zu einem Risiko für den Rechtsstaat werden könne.

„Die heutige Konferenz und insbesondere der Austausch mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen hat noch einmal deutlich vor Augen geführt, dass der durch die Landesregierung angekündigte Personalabbau ein Irrweg ist“, stellt Manfred Börner fest. **Thomas Gründemann**